

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Reinhold Lopatka, Michel Reimon,
Kolleginnen und Kollegen

betreffend die EU-Zukunftskonferenz

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 1 EU-Erklärungen der Bundesministerin für EU und Verfassung und der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie gemäß §74b Abs. 1 lit b der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Thema "Zukunft der Europäischen Union"

Die Europäische Union ist eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Sie ist eine Verantwortungs- und Solidargemeinschaft mit gemeinsamen Regeln. Sie steht für die gemeinsamen Werte Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Menschenrechte sowie für Wohlstand und wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Um diese Errungenschaften auch für die Zukunft zu wahren und weiterzuentwickeln, braucht es heute eine tiefgehende und ehrliche Debatte. Denn angesichts zahlreicher Herausforderungen wie der Klimakrise, die Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der strategischen Autonomie, der COVID-19-Pandemie, sozialer Ungleichheiten und Angriffen auf die Rechtsstaatlichkeit braucht es Reformen, damit die Europäische Union handlungsfähig, zukunftsfit und krisenfest bleibt. Dies kann möglicherweise auch in Vertragsänderungen münden.

Die von der Europäischen Union initiierte „Konferenz zur Zukunft Europas“ spielt eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der EU als starke Akteurin. Im Zentrum der Konferenz zur Zukunft Europas stehen der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern sowie ihre Impulse für die Gestaltung der Zukunft des europäischen Projekts. Das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission haben sich verpflichtet, mit Europäerinnen und Europäern aus allen Gesellschaftsschichten und Regionen der Union die Herausforderungen und Prioritäten Europas zu erörtern und in diesem Prozess sicherzustellen, dass die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger, inklusive Jugendlicher, ausreichend Gehör finden. Eine wesentliche Rolle kommt dabei auch den nationalen Parlamenten in der EU als jene die BürgerInneninteressen legitim vertretenen Institutionen zu, deren Einbindung wichtig ist, um deren Sichtweise in den Prozess der Zukunftskonferenz einfließen zu lassen.

Die Institutionen haben sich auch verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten den Vorschlägen und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zu folgen. Dass die Ergebnisse der Konferenz zu konkreten Reformen und Gesetzesinitiativen führen, ist nicht nur für die Glaubwürdigkeit der EU, sondern auch für ihre zukünftige Handlungsfähigkeit ausschlaggebend.

Die Empfehlungen der nationalen und europäischen BürgerInnenforen werden in den Plenarversammlungen der Konferenz erörtert, an denen auch VertreterInnen des Europäischen Parlaments, der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission, der nationalen Parlamente, des Ausschusses der Regionen, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, der SozialpartnerInnen und der Zivilgesellschaft teilnehmen. Das Plenum tritt erstmals am 19. Juni 2021 in Straßburg zusammen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

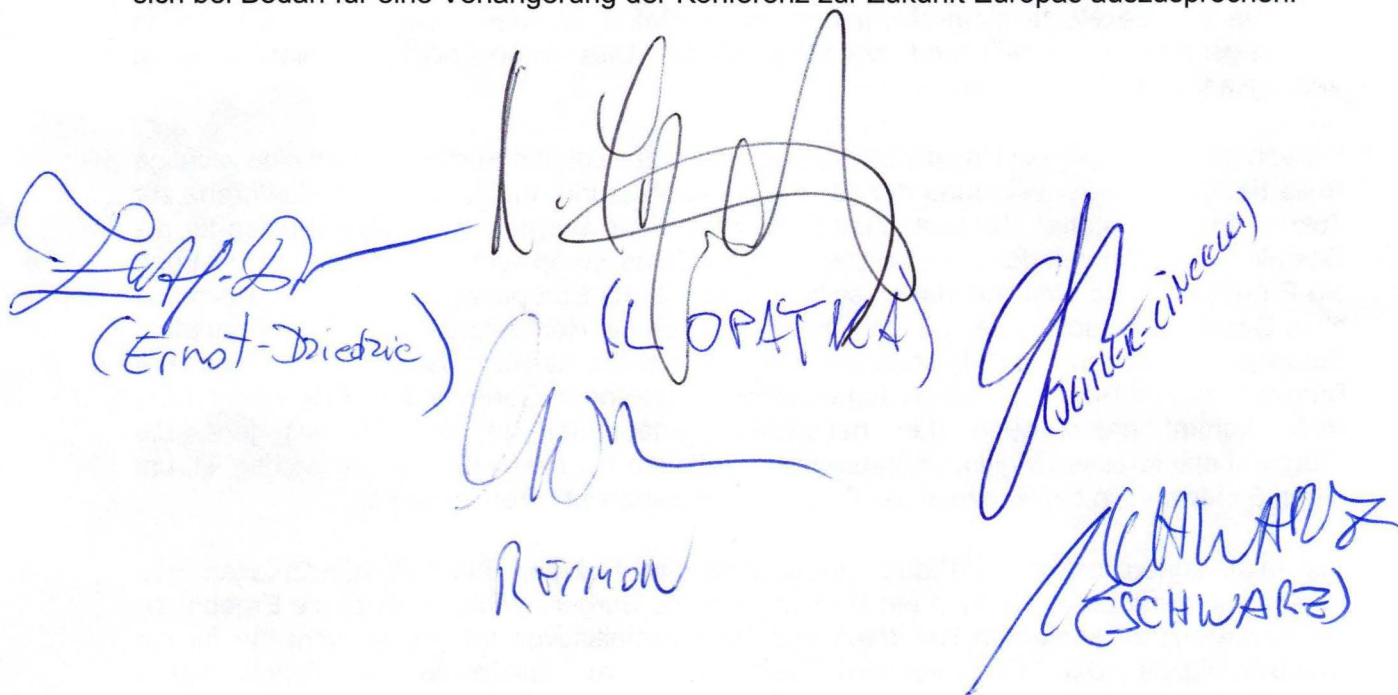
„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas in Österreich mit Bürgerinnen und Bürgern in einem ergebnisoffenen und transparenten Dialog in Übereinstimmung mit den Grundwerten der Union zu allen Politikbereichen die zukünftigen Prioritäten und Herausforderungen der EU zu erörtern;

bei der Organisation von Veranstaltungen und BürgerInnenforen stets bestmöglich auf eine repräsentative Zusammensetzung, unter anderem in Bezug auf die geografische Herkunft, das Geschlecht, das Alter, den sozioökonomischen Hintergrund und/oder den Bildungsweg der Bürgerinnen und Bürger, zu achten;

sich im Plenum der Konferenz und in anderen geeigneten Foren dafür einzusetzen, dass die EU den Empfehlungen der BürgerInnen rasch durch konkrete und rasche Reform- und Gesetzesinitiativen nachkommt;

sich bei Bedarf für eine Verlängerung der Konferenz zur Zukunft Europas auszusprechen.“


(Ernst-Diedrich)
(IL OPATKA)
REMON
JANTER-CINEAU
(CHWABZ
(SCHWARZ))

